

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementpreis 75 Pfg. vierteljährlich.
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14.
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4sp. Zeile 20 Pfg.
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.
Für Postbezug: Postamt Köln.

Soziales Handeln

Im kommenden Bonnemont wird man da und dort wieder einen „Blumentag“ abhalten, der dem großen Publikum Gelegenheit geben soll, eine „soziale Tat“ zu verrichten. Die kosteten Fräuleins, und sein gebügelte und wohlhabende jüngere und alte Herren nicht nur, sondern auch Dienstmädchen und Arbeiter stecken sich ein Blümchen ins Knopfloch und wollen damit befehlen, daß auch sie ein Verständnis und ein teilnehmendes Herz haben für die schwer ringenden Mitmenschen, denen das Gelingen des Blumentages zukommen soll.

Ebenso wenig aber, wie man eine soziale Tat verrichtet, wenn man auf dem „Armenball“ oder bei einem „Wohltätigkeitsfest“ teuren Champagner trinkt und allerlei andere angenehme Genüsse erlebt und bezahlt, ebensowenig kann man von einer „sozialen Tat“ sprechen, wenn man die Idee der Blumentage würdigt.

Wohl ist in beiden Fällen vielleicht bei den Veranstaltern und vielen Teilnehmern der Wille vorhanden, etwas Gutes zu tun. Sozial handeln ist aber denn doch ein wesentlich anderer Begriff, als Gutes wollen.

Wie bei allen unseren Handlungen, so kommt es auch in diesem Falle darauf an, welche Motive uns antreiben. Nicht die Tatsache, daß wir wollen, sondern das Warum ist schließlich ausschlaggebend bei der Beurteilung und Bewertung aller Handlungen.

Bergegenwärtigt man sich aber diese Tatsache, dann kommt man auch zu dem Schlusse, daß gerade den oben gekennzeichneten Veranstaltungen dieser wahrhaft soziale Untergrund mangelt, den man charakterisieren mag mit den Worten: Wir wollen uns als Menschen näher kommen, wir wollen zu Gunsten der Bedürftigen auf Annehmlichkeiten verzichten. Diese Gesinnung allein kann eine soziale Tat gebären, und diese Gesinnung kommt bei Armenbällen und Blumentagen nicht zur Geltung. Was soll es denn bedeuten, wenn der junge Herr, der voll Entschluß aus schöner Hand Netten oder Margheriten entgegennimmt und mit dem Geld, das sein Vater verdient hat, gut bezahlt, sich rühmt, daß auch er sich an dem guten Werk beteiligt habe? Oder — mit welchem Recht spricht die Modedame von ihrer sozialen Gesinnung, die sie soweit „herabgelassen hat“ dem Komitee des Blumentages sich als Verkäuferin zur Verfügung zu stellen? Kann vielleicht der Arbeiter, der sich zum Vergnügen auch „so ein Ding“ ansetzt, sich einer besonderen Tat rühmen? Gewiß nicht. Man sieht, dieser Weg führt überhaupt nicht zu dem Ziele, das soziale Bestrebungen sich stecken müssen, die dauernden Wert haben sollen.

Die soziale Frage ist eben nicht eine bloße Magenfrage, die gelöst ist, sobald die Hungernden gespeist sind. Sie ist vielmehr in großem Umfang eine Frage der Erziehungswissenschaft, der Seelsorge, wenn auch die sozialistischen Theoretiker immer wieder versuchen, es so darzustellen, als ob das Heil der menschlichen Gesellschaft in dem Augenblick sicher gestellt sei, in dem an die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft die sozialistische Ge-

meinschaft gesetzt würde. Selbst als „Magenfrage“ wäre dann die soziale Frage mindestens ebenso wenig gelöst, wie heute, da wohl nie eine Zeit

Was der Frühling zu uns spricht.

Aus ihrem Schlummer, lang und tief —
Ich die Natur zum Schaffen rief.
Dies schwere Werk mir erst gelang
Nach einem Ringen — schwer und bang.

Denn im Kampfe wohl bewandert
War mein Gegner; eisgepanzert! —
Und ich wollt' an manchen Tagen
An dem Werke fast verzagen.

Doch mir half die Glut der Sonne,
So daß endlich — welche Wonne! —
Ich, — den Menschen zum Ergötzen —
Konn' — an seinen Platz mich legen.

Huldvoll ward ich nun empfangen,
Denn so manches zage Bangen
Löschte ich mit meinem Schimmer
Gründlich aus für immer — immer!

Soll nicht Jung und Alt sich freuen,
Wenn im lächenden, duftigen Maien
Meiner Allmacht Zauberkräfte
Spelend laufend lebenslächte?

Was Du Großes, Mensch, eronnen,
Nun sei ernstlich es begonnen;
Und mit neuem Gottvertrauen
Magst Du daran weiterbauen.

Bauen, daß Dir goldene Aehren
Deiner Arbeit lohn beschieren,
Der Dir Deines Herzens Frieden
Treu bewahrt, bis Du geliehden.

Sieh, auch ich muß wieder gehen,
Wenn mein Lebenswerk geliehen;
Fröhlich hab' ich es begonnen,
Was ein Anderer übernommen.

Willst Du, Mensch, in langen Jahren
Ernsten Sinn mit Frohsinn paaren,
Dir und Anderen nützlich werden —
Mußt — wie ich — Du Kämpfer werden.
b. 5.

kommen wird, in der die großen Massen der Bevölkerung ein so bequemes Dasein haben werden, daß sie nicht mehr um den Lebensunterhalt besorgt sein müßten.

Eine Wendung zum Besseren ist in der Praxis der Blumentage neuerdings zu konstatieren. Das Komitee des für München geplanten Blumentages hat nämlich beschlossen, daß den Firmen, denen Aufträge zugewendet werden sollen, genau vorgeschrieben wird, welche Lohnsätze sie für eine bestimmte Zahl bestimmter Blumenarten den Werkfertigern zu zahlen haben. Auf diese Weise wird diesen Heimarbeitern tatkräftig unter die Arme gegriffen, wenn auch nur ein paar Wochen. So

wie in diesem Falle die Käufer eines Produktes angeleitet werden, sich dafür zu interessieren, unter welchen Umständen die Ware hergestellt wurde, wieviel Seufzer und Mühen an ihrer Wiege gestanden haben, so sollten wir auch sonst im Leben, wenn wir bewundernd vor den Erzeugnissen der modernen Produktion stehen, an die Lage derjenigen denken, deren Fleiß sie geschaffen hat. Dieser Erfolg wäre hoch anzuschlagen, denn er würde als Ansporn zu allseitiger Betätigung auf dem weiterverzweigten Gebiete menschlicher Fürsorge Großes leisten. Die Annäherung der verschiedenen Stände ist eben nur möglich, wenn die ewigen Gebote der natürlichen Ordnung beachtet werden, die den Menschen zum Menschen gestellt; nicht nur die Armen zu den Armen und Reiche zu Reichen, sondern den Menschen zum Menschen.

Nichts ist der Gesamtheit verderblicher, als wenn einzelne Gruppen in verbundener Eigenliebe auf angebliche Vorrechte pochen, die sie dem schweren Daseinskampf und — den göttlichen Gesetzen entrücken sollen. Ein solches, vom trassen Hochmut diktiert Gebahren verlegt nicht nur die unantastbaren Rechte der sogenannten „unteren Schichten“, sondern jeben edel und sozial fühlenden Charakter.

F. W. Förster sagt hierzu in „Christentum und Klassenkampf“ Seite 240:

„Im alten Rom wurde alljährlich das Fest der Saturnalien gefeiert, an welchem die Herren ihre Sklaven bedienten — ein traumhafter Prozeß der Volkseele gegenüber der Ungleichheit im Verhältnis von Herr und Diener, eine Ahnung von der Wahrheit, daß die persönliche Bedienung nur dann mit der gleichen Würde aller Menschen in Einklang gebracht werden kann, wenn sie dem Zufall der Geburt entzogen und durch Gegenleistung gelehrt wird. Wir sollen solche symbolische Aufhebung des Verhältnisses von Herr und Knecht nicht nur einmal im Jahre, sondern täglich vollziehen. Wir sollten Gelegenheiten auffuchen, denen, die uns bedienen, auch unsererseits persönliche Dienste zu leisten, um dadurch der Bedienung das demütigende zu nehmen und zugleich in den also bedienten ein dankbares Selbstgefühl zu wecken, indem wir sie das erhebende Bewußtsein kosten lassen, einer tieferen Gleichheit alles dessen, was Menschenanständig trägt. Das klingt sehr romantisch und ist doch so natürlich und selbstverständlich, daß unverborgene Kinder ganz aus eigenem Drange täglich diese soziale Ausgleichung vollziehen — bis sie soweit erwachsen sind, um zu begreifen, daß die Herrschaft dazu da ist, um zu herrschen und die Dienerschaft bezahlt wird, um zu dienen. Wer einmal seine Augen auf diese Feinheiten richtet, der wird tausend Wege finden, ohne künstliche Veranstaltungen in ganz schlichter Weise seine Gesinnung zum Ausdruck zu bringen — sei es auch nur, indem er hinzusetzt, um den Dienstboten einen Kessel vom Boden aufzuheben, statt über den verurteilten Lärm zu schelten. Ein einziger solcher Kleinigkeit bedeutet oft eine Wendung in dem inneren Leben des Dienenden und kann entscheidend werden für die ganze Gestaltung dieser sozialen Beziehung.“

Das soziale Handeln muß also gelernt sein, muß aus selbstlosen Motiven entspringen und geläutert sein von allen selbstsüchtigen Nebenabsichten. Ganz abgesehen davon, daß die notwendige Herabminderung der leiblichen Not mit so kleinen Mitteln, wie sie Wohltätigkeitsfeste und Blumentage zur Verfügung zu stellen vermögen, nicht erreicht werden kann, ist noch zu bedenken, ob die Methode, die hier den Mangel an tatsächlichen Verständnis für die Lage der Heimarbeiter verdecken, oder vielmehr die persönliche Hingabe an das Ideal der Hebung derjenigen Arbeiterschichten, die am meisten bedrängt sind, ersetzen

fol, nicht geradezu verderbend wirken muß. Werden nicht weite Kreise der Bevölkerung sich zu der Ansicht verleiten lassen, daß man seine sozialen Verpflichtungen auf diese Art am besten erfülle? Wenn diese Möglichkeit zur weitverbreiteten Tatsache wird, dann bedeutet das einen großen Schaden für die wirkliche soziale Reform. Es wäre doch viel wichtiger und nützlicher, wenn man im Verkehr mit den eigenen Dienstboten, mit Arbeitern, Angestellten und anderen Personen, die von der Laune und dem Portemonnaie „bessere Kreise“ abhängig sind, jederzeit an die sozialen Verpflichtungen denken und darnach handeln würde. Man kann selbst Arbeiter beobachten, die sehr empfindlich sind, wenn sie von dem nächsten Vorarbeiter nur mit einem verächtlichen Blick beleibigt werden, die aber, sobald sie ein Gasthaus betreten, sich geradezu Mühe geben, den Kellner ebenso schnodderig anzufahren und ebenso über den geringsten Mangel an persönlicher Bequemlichkeit zu schelten, wie die Vertreter des Herrenmenschtums, oder vermohnte Damen. Die, wenn sie irgendwo Einkäufe machen, sich von dem bedienenden Fräulein die halbe Ladeneinrichtung vorlegen lassen, bis sie endlich sich entschließen, das zu kaufen, was sie auf den ersten Blick als geeignet fanden — die, wenn sie zu einem Handwerker kommen, auch noch zu handeln und zu feilschen versuchen und ihm die Spottpreise des Warenhauses vorhalten. Solche Menschen gibt es in Menge. Zwar „rächen“ sich die Kellner, Verkäuferinnen und was sie immer sein mögen dadurch, daß sie, sobald sie selbst als Wäite oder Käufer auftreten, genau dieselben Untugenden nachahmen, deren schwere Last sie selbst so bitter empfanden.

Wo bleibt da die Selbstbesinnung?

Es wäre wirklich an der Zeit, das große Publikum, die Arbeiter nicht ausgenommen, auf die vielen Schikanen aufmerksam zu machen, die es sich selbst antut in törichter Kurzsichtigkeit. Aber so sind die Menschen. Sie können es oft so gut haben, wenn sie sich die vermaledeiten Untugenden abgewöhnen könnten.

Die Anspruchlosigkeit ist der Schlüssel zur Freude!

Nicht als ob wir damit sagen wollten, die Armen und Schwachen sollten nicht aufwärts streben — gewiß nicht; aber die besser Gestellten, die nicht erst bei den oberen Zehntausend anfangen — und die Proletariat selbst sollten keine unnütze Beschäftigung ihrer Mitmenschen verursachen, wenigstens damit keine leichtfertige Beschäftigung oder Demütigung der dienenden oder bedienenden Person verbinden.

Das nennt man „Soziales Handeln“.

Das ist es auch, was zum Wesen des gebildeten Menschen gehört und darnach mag sich Jeder selbst einschätzen.

Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes für 1911.

Das öffentliche Interesse wurde im Berichtsjahr zum großen Teile von den Vorbereitungen für die Reichstagswahlen in Anspruch genommen. Wahlungsgemäß bleibt die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung von Strömungen dieser Art nicht unberührt. Deren Einwirkungen haben vielmehr die in der Entwicklung befindliche grundsätzliche Klärung innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung dem Abschlusse nahe gebracht. Der Kampf um das Gewerkschaftsprinzip, namentlich um die Wahrung der gewerkschaftlichen Selbständigkeit gegenüber parteipolitischen Einflüssen — ein Kampf, der in der Bergarbeiterbewegung an der Spitze seines sichtbaren Niederschlag fand und der dieser Bewegung seine historische Bedeutung aufprägte — hebt das Jahr 1911 aus seinen Vorgängern besonders hervor. Auf diesem Gebiete erwachten den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften die hauptsächlichsten Aufgaben. Es kann nicht gerade behauptet werden, daß ihnen die Durchführung dieser Aufgaben besonders leicht gemacht worden wäre. Manche Gegner derselben im sozialdemokratischen Lager besannen sich erst dann auf die eigenliche Selbstverständlichkeit, daß auch bei scharfen Kämpfen bestimmte Schranken eingehalten werden müssen, als ihnen das Gewicht klar machte, daß die leitenden Personen der christlichen Gewerkschaften nicht als völlig vogelfrei anzusehen sind.

In der Verteidigung der Selbständigkeit der gewerkschaftlichen gegenüber der politischen Bewegung ist indes den christlichen Gewerkschaften in den Zielforderungen die wirksamste Rechtfertigung zuteil geworden. Nach der sozialpolitischen Seite liegt der Beweis in der von Regien auf dem Dresdener Kongress der sozialistischen Gewerkschaften (Juni 1911) ausgesprochenen Lage: „Man möchte zu der Ueberzeugung kommen, daß die Staatsverwaltung erst die Wünsche der organisierten Arbeiterchaft hört, um dann in den Gesetzgebungsverschlüssen

das Gegenteil von dem zu bringen, was die Arbeiter gewünscht und gefordert haben.“

Die christlichen Gewerkschaften haben immer wieder auf die ursächlichen Zusammenhänge dieser bedauerlichen Erscheinung hingewiesen: Die enge Verbindung der „freien“ Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei belastet die Gewerkschaften mit den Folgen, welche die Negationspolitik der Sozialdemokratie in dem Gegenwartsstaat heraufbeschwört. Nach der unmittelbar gewerkschaftlichen Seite dagegen reden die Vorgänge eine deutliche Sprache, die sich um die bekannte „Müssen- und Führen“-Frage gruppieren. Es handelt sich bei dieser Frage um das Schicksal der radikalen sozialdemokratischen Parteipresse, der sozialdemokratischen Masse elten inneren Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern zu suggerieren, die zu sehr verpörricht und verduereaufstimmend sein sollen, um das gesunde, revolutionäre Empfinden der Massen zu verstehen. Diesen, nicht den Gewerkschaftsführern, komme daher die Souveränität zu. Aus Rücksicht auf die bevorstehende Wahl konnte im Berichtsjahre der Schiele über diese Gegenfrage gezogen werden. Tzagen hat die Revolutionsromantik, wie vorauszuhehen war, in dem Ergebnis der Reichstagswahl neue Nahrung gefunden. Und es ist die beste Rechtfertigung für die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften, wenn sich neuerdings der „Grundstein“ (Nr. 11, 1912) mit folgender Begründung gegen die revolutionäre Propaganda wendet:

„Wir können schon darum nicht dazu schweigen, weil unsere Organisationen, unsere Gewerkschaften die Folgen einer solchen Aufspaltung der Gemüter und Vermirrung der Geister zu tragen haben. Das ganze, der Wirklichkeit abgewandte Wesen dieser Propaganda, wovon die Luxemburgischen Neben und Artikel nur den Gipfel darstellten, ist der Grund, auf dem die Schwierigkeiten wachsen, ohne die heute kaum noch eine Lohnbewegung größeren Stils durch geführt werden kann. Somit dies letzte Uebel — die inneren Kämpfe in den Gewerkschaften bei den Lohnbewegungen — eine psychologische Wurzel hat, ist diese Propaganda deren Nährboden. Und darum erheben wir Protest dagegen.“

Alles, was es hier geschieht, können die Zusammenhänge nicht geschildert werden, so daß dem nichts hinzu zu fügen ist. Die Begleiterscheinungen des sogenannten Scherikonflikts im Berichtsjahre belegten praktisch die Gefährdung der vornehmsten gewerkschaftlichen Ertragengruppen durch die Vornahme nicht unmittelbarer gewerkschaftlicher Bewegungen. Dieser Konflikt spielte in der Unterordnung der mit Zustimmung der Gewerkschaft zustande gekommenen Tarifverträge unter eine reichlichmäßig aufgelegte allgemeine Solidarität. War es schon auffallend, daß ein Teil der Gewerkschaft mit der ältesten Tariftribation, des Buchdruckerverbandes, bei dieser Belastungsprobe total versagte, so noch mehr, daß angesehene freie Gewerkschaftsorgane den Tarifbruch lebhaft verteidigten. Die „Holzarbeiterzeitung“ (Nr. 29/1911) tat das unter ausdrücklichem Hinweis auf die Notwendigkeit, auf „die kaum gemannenen Freunde des Tarifvertrages in unseren Gewerkschaften Rücksicht zu nehmen“, von denen sonst erste Schwierigkeiten zu befürchten seien. „... wichtiger als alle Berufung auf Text und Kommentar das proletarische Empfinden.“ (Nr. 35/1911.) Diese Auffassung nötigte dem Vorliegenden des Buchdruckerverbandes das Geständnis ab: „Es fehlte, nicht nur bei der Masse das tiefere Eindringen in das Wesen des Tarifvertrages und die Erkenntnis, daß, je vollkommener dieser Vertrag ausgebaut ist, desto gewissenhafter seine Innehaltung erfolgen muß.“

Gegen die hier vertretene Auffassung vom Wesen des Tarifvertrages vertritt nun aber nicht mehr als das Verhalten des Buchdruckerverbandes vorstehend selbst, der nach Kräften bestrebt ist, dem von der Allgemeinheit der Prinzipale zur Allgemeinheit der Gehilfen abgeschlossenen Buchdruckerarif seinen Monopolcharakter zu erhalten. In die im September 1911 stattgehabte Tarifrevision trat der Buchdruckerverband mit dem ausgesprochenen Willen ein, dem Guttenbergbund auch fernerhin jede Einkaufnahme auf die Entwicklung und Handhabung des Tarifvertrages im Buchdruckgewerbe zu verwehren. Nur mit Hilfe eines Teils der Prinzipalverbände gelang es schließlich, dem Guttenbergbund, dessen Tarifverträge außer Zweifel steht, im Tarifauschuss wenigstens eine beratende Stimme zu sichern. Daraufhin hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften der breitesten Öffentlichkeit die Zusammenhänge, die diesem seit Jahren dauernden Prinzipienkampf seine Bedeutung geben, aufgeleht. Er lenkte das Interesse der Allgemeinheit auf die volkswirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Schädigungen — von den lastenbringenden ganz zu schweigen — die im Buchdruckgewerbe durch das und Verbandsgeheimnis um Arbeiter, sowie Kurzsichtigkeit auf Arbeitgeberseite verursacht werden. Die schließlichen Folgen dieser Entwicklung lassen sich noch gar nicht überschauen. Dieser Kampf gilt der Schädigung der Allgemeinheit und des Gewerbes; er wird der Popularisierung des Tarifgedankens in der Form dienen, die allein ihm eine Zukunft und eine gesunde Beeinflussung von Privat- und Volkswirtschaft verbleibt. Der Tarif gehört der Allgemeinheit, und diese hat das Recht und die Pflicht, seine Wirksamkeit zu kontrollieren und durch die Einwirkung von Unparteilichen diese Wirksamkeit in gesunden Bahnen zu halten. Wenn manche sozialpolitische Kreise die in diesem Sinne unternommene Aktion der christlichen Gewerkschaften eher abfällig beurteilen als unterstützen, so liegt das wohl an einer unangenehmen Rücksichtnahme auf die „ehrwürdige“ Tariftradition im Buchdruckgewerbe. Das hindert uns natürlich nicht, auf dem als recht erkannten Wege umso energischer vorwärts zu drängen, mag uns auch das wütende Gellöse des „Korrespondent“ begleiten. Denn das Prinzipalsorgan auch jetzt noch seine stereotype Lebensart von dem unbelagerten Himmeln den Hülsenföhrender in innergewerbliche Angelegenheiten wiederholt, so wird darüber jeder Leser

der Beschlüsse „Buchdruckerarif und öffentliches Interesse“ zur Tagesordnung übergehen.

Diese Hervorhebung allgemeiner Gesichtspunkte in der Gewerkschaftsbewegung, mit der die Gewerkschaftsbewegung ihre Forderung auf das Interesse des ganzen Volkes an der Arbeiterorganisation begründet, ist, mo sie tatsächlich erfolgt, von eminent erheblicher Wirkung in freisäbärgertlichem Sinne. Unter diesem Gesichtswinkel wird die Gewerkschaftsbewegung heute kaum irgendwo angemessen gewertet. Und doch war auch das Jahr 1911 wiederum eine bemerkenswerte Gelegenheit, an der Haltung der christlichen Gewerkschaften ihre staatsbürgerlich-ergiebige Wirkung zu erproben — an ihrer Haltung nämlich zur Gestaltung und Verabschiedung der Reichsverfassungsordnung. Obwohl mit Fehlern mancherlei Art behaftet, ragt dieses Gesetzgebungswerk doch als Ganzes über die sozialpolitische Gesetzgebung anderer Länder weit hinaus. Durch nichts konnte dies treffender illustriert werden, als durch die Tatsache, daß selbst diejenigen Parteien außer der Sozialdemokratie, die eine positive Mitarbeit mehr oder minder verweigert hatten, die Verantwortung, das Gesetz abzulehnen, nicht auf sich zu nehmen sich getrauten. Die Verteidigung aber und der Vornahme an der Ausgestaltung des Gesetzgebungswerkes, das immer wieder unter der leidenschaftlichsten Kritik des Radikalismus zusammenzubrechen drohte, hielten in der Hauptsache den christlichen Arbeiterführern überlassen. Dabei waren dieser Ausgestaltung, da sie wegen des Verlangens der Buren des Reichstags notgedrungen mit der Rechten erfolgen mußte, die denkbar engsten Grenzen gezogen, sodas Vorbeugen auf dem Gebiete der Populärarität wahrhaftig nicht zu holen waren. Die christliche Arbeiterchaft aber entzählte sie von den Führern in ihre staatsbürgerliche Schulung gelegten Ermahnungen nicht, sondern bemerkt, daß der zum Verständnis für das Kompromißpolitischen Gewerkschaftler auch den staats- und allgemeinpolitischen Notwendigkeiten mit Verständnis gegenübersteht. Wäre mehr öffentliches Leben weniger durch feindseligen Parteigegensatz, sodas großen Gesichtspunkte ihr Recht werden könnte, so mühte selbst der dem eigentlichen Gewerkschaftsleben uninteressiert Gegenüberstehende wenigstens diese positive Seite unserer Bewegung, mag sie auch sonst nicht seine besondere Sympathie finden, wertzuschätzen.

Wie sehr eine Wirksamkeit in diesem Sinne geeignet ist, gegenüber der drängendsten Situation des Radikalismus einen Damm errichten zu helfen, hat im Berichtsjahre die Wirkung der von den christlichen Gewerkschaften mit unternommenen Aktion des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses gegen die sozialdemokratische Propaganda zugunsten politischer Massenkreise in der W. kollogischen Streitfrage ergeben. Die Notwendigkeit der Beschlossenheit der deutschen Nation in der damaligen kritischen Lage gerade unter dem Gesichtswinkel der Arbeiterinteressen kann nicht besser ausgedrückt werden, als mit folgenden Sätzen des Sozialisten Hildebrand („Sozialistische Anstaltspolitik“ S. 58), die eigens zur Stellungnahme zum Marocko-Streit geschrieben sind: „Solange die Erziehung der deutschen Arbeiter von der Ausdehnung der deutschen Geschäftsbeziehungen abhängt, reicht es nicht aus, wenn man nur den Kampf um den Anteil am Arbeitsertrag führt. Der Ertrag und die Arbeit selbst müssen gesichert werden, und darum müssen alle Versuche, die deutsche Volkswirtschaft einzuklinkern, auch von der deutschen Arbeiterklasse bekämpft, alle notwendigen Maßnahmen, die deutsche Volkswirtschaft auszuweiten, auch von der deutschen Arbeiterklasse unterstützt werden.“ Genau dieselbe Begründung hat die christlich-nationale Arbeiterchaft ihrer Aktion gegeben. Und weil die deutsche Arbeiterchaft allgemein solchen Erwägungen zugänglich ist, änderte die Sozialdemokratie unmittelbar nach Erscheinen des Aufrufs des Deutschen Arbeiterkongresses ihre Taktik: in Deutschland ließ man auf dem Jenaer Parteitag die Massenstreitfrage fallen; innerhalb der sozialistischen Internationalen dagegen ging unter tatkräftiger Mitwirkung der deutschen Sozialistenführer, die in Jena „dampfen“, die Anti-Marocko Kampagne in schärfster Form weiter.

Dieses Vorkommnis ist hier in der Hauptsache deswegen nochmalig Erwähnung geschieden, weil diese Begleiterscheinungen überaus typisch sind für die heutige Situation in der deutschen Arbeiterbewegung, weil in ihnen aber auch der Hinweis liegt für das, was nottut. Die Wenderung der sozialdemokratischen Taktik erfolgte nicht zuletzt aus der Erwägung heraus, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterchaft gegenüber der allgemeinen Volkswirtschaft, wenn sie ihr in geheimer Weise zugunlich gemacht werden können, geeigneter Weise zugunlich gemacht werden können, großen Teils die radikale Politik ablehnt hätte. Die Volkswirtschaft hätte auch sie mitgeriffen. Die Masse unserer Volkswirtschaft und mit ihr die Arbeiterchaft, ist eben durch aus nicht für eine vernünftig begründete positive Welt verloren, wenn nur der jahrelang systematisch verübte Radikalismus, der einstweilen gewissermaßen die Oberhand in ihrer Denktätigkeit beherrschte, beiseite geschoben werden kann. Der Sozialist Hildebrand kennzeichnet geradezu die Wirkung des rein historisch-ökonomisch begründeten, also des revolutionären, negativen und bestrebtlich gerichteten Sozialismus auf die allein von ihm gesuchte Massenmacht der bewußten Massenmassen sozialistischen darin, daß er das Gefühl der ständigen Verpflichtung auch im Arbeitsprozeß auch im Kampf mit dem Gegner, auch im Familienleben abkämpft, soweit nicht ... andere Quellen sittlicher Orientierung sprudeln ... Solche Quellen sprudeln aber glücklicherweise im deutschen Volke noch allenthalben; nur muß der Zugang zu ihnen gefunden werden. Das kann aber nur geschehen, wenn den Angehörigen der Sozialdemokratie das von dieser bewußt und planmäßig genährte Mißtrauen gegen die sachliche Auffassung über die tatsächlichen Zusammenhänge unseres Volks- und Wirtschaftslebens genommen wird. Dieses Mißtrauen überwindet nur das in persönlicher Auseinandersetzung gefundene offene und überzeugende Wort des eigenen Berufsangehörigen, wenn es gestützt wird durch

gute Gründe und eine entsprechende persönliche Haltung. Dann schwindet allmählich die Berührung; langsam ringt sich die Freude durch an den gewaltigen Erregungscharakter des Feindes und deutlicher Beharrlichkeit; der Wille regt sich, mitzudringen, und damit ist auch das Verständnis gewendet für die gegebenen und neu erwachenden Notwendigkeiten des gesamten Volkslebens. Hier liegt die historische Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung, die ihre von niemand abgenommen werden kann. Hier sind aber auch ihre Ausblicke für eine wirksame Beeinflussung der gesamten kulturellen Entwicklung begründet, die letztere von der Bahn des zersetzenden Materialismus abzuhängen und mit positiv wirkenden Elementen zu durchbrechen geeignet ist. Von diesem Standpunkte ausgehend, wird die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht aufhören, die weitestgehende Beachtung des ganzen Volkes zu verlangen. Wesentlich ist aber bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters nach selbständiger Organisationsrechnung trägt, sondern die Organisationsfrage aus in einer Weise löst, daß das Selbstgefühl und die Selbstachtung des Arbeiters nicht darunter zu leiden kommen. Darauf ist der Wert zu legen. Denn in diesem Lichte betrachtet springt sofort die Unhaltbarkeit des Systems der gelben Organisationen in die Augen, die von dem Arbeiter den Verzicht auf Selbstständigkeit seiner Organisation, auf Selbstgefühl und Selbstachtung verlangen. Wer sich darum klar darüber ist, daß in letzteren Eigenschaften die unentbehrlichen Elemente der Arbeitsfreudigkeit und der aktiven Anteilnahme am Produktionsfortschritt gegeben sind, wird niemals die Hand zu „gelben“ Experimenten bieten.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 17. Wochenbeitrag pro 1912 fällig.

Der heutigen Zeitungsendung sind Verichtsarten für das Kaiserliche Straßliche Amt beigelegt. Als Sichttag gilt der 27. April. Wir ersuchen um pünktliche Einreichung bis längstens 4. Mai.

Wir haben in letzter Zeit wiederholt die Erfahrung gemacht, daß Mitglieder ohne sich vorher ordnungsgemäß krank oder arbeitslos gemeldet zu haben, Unterstützung beantragen und auch erhalten. Wir ermahnen die Mitglieder zur strengsten Einhaltung der finanziellen Verpflichtungen und verlangen seitens der Unterstützungsausgähler die Verweigerung der Unterstützung bei nicht ordnungsgemäßer Meldung.

Der Zentralvorstand
J. A. Hornbach.

Bei der Zentralkasse gingen bis 22. 4. Abrechnungen und Gelder ein: Habelschwerdt, Jilich, Raunig, Donauwörth, Effen, Augsburg, Düsseldorf, Grefeld, Nürnberg, Gütersloh, Brandenburg, Heideberg, Rheim, Wald, Stuttgart, Schilf-Werode 1. Rate, Kaufbeuren, M.-Glabach und Diefeln.

Peter Supper, Zentralfassierer
Eöln-Nippes, Sartwischstr. 63.

„Neutral“.

Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihre Mitglieder mit allen Mitteln im sozialistischen und atheistischen Geiste erziehen, bedarf keines Beweises mehr. Oftmals aber befindet sich in diesem Streben eine gewissenhaftigkeit, die den schärfsten Protest aller Freunde wahrer Freiheit herausfordern muß. Die Filiale Düsseldorf des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes hat an ihre Mitglieder folgenden Zirkular versandt:

„Deutscher Buchbinderverband.“

Werte Kollegen! In der Versammlung vom 16. März cr. wurde gegen 2 Stimmen ein Antrag des Vorstandes angenommen, wonach eine Statistik aufzunehmen ist, welche Zeitung unsere Kollegen lesen und welcher Partei dieselben angehören. Zur ersten Frage ging die Anregung vom Parteialt aus, betreffend Agitation für die Volkszeitung. Daß wir in unserer Organisation bei wirtschaftlichen Kämpfen ebenfalls nur auf die Volkszeitung angewiesen sind, braucht wohl nicht erst betont zu werden, deshalb beschloß der Vorstand eine Erhebung in dieser Hinsicht vorzunehmen, um zu erfahren, wie viele unserer Kollegen Abonnenten derselben sind. Zur zweiten Frage sei bemerkt, daß hierzu der Vorstand veranlaßt wurde durch die Haltung der Gegner. Obwohl gerade in Düsseldorf der Verband seit Jahren auf durchaus neutraler Grundlage die Interessen der Mitglieder wahrnimmt, ertönen auf demokratischer Seite immer wieder Herabwürdigungen und allseits bewußte Unwahrheiten. Deswegen beschloß der Vorstand und die Versammlung auch in dieser Hinsicht Erhebungen zu veranstalten, um ein einwandfreies Material zur Widerlegung zu bekommen. Dies erfordern daher unsere Kollegen, diese Statistik bis zur nächsten Versammlung auszufüllen, um den Vorstand auch in dieser Hinsicht bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Der Vorstand
J. A. G. Ernst. 1. Vorst.

Auf der Rückseite dieses Schreibens stehen nun folgende vier Fragen: 1. Name? 2. Wohnung. 3. Welche Zeitung abonnieren Sie? 4. Welcher Partei gehören Sie als Mitglied an?

Die Düsseldorf Kollegen vom Buchbinderverband haben mit ihrem Zirkular und Fragebogen nicht neues unternommen, sondern dieses System wird schon seit Jahren in den verschiedensten Zustellen des roten Ver-

bandes periodenweise angewendet. Aber neu ist, daß diese Erhebungen angeblich zum Zweck der „Widerlegung“ der Gegner gemacht werden sollen. Bis jetzt haben wir noch nirgends festgestellt können, daß die Führer des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes freudbeständig und gegenüber getreten wären mit der Behauptung, daß ein großer Teil ihrer Mitglieder Abonnenten der bürgerlichen Presse und keine Mitglieder der sozialdemokratischen Partei wären. Im Gegenteil; wiederholt haben Herr Kloth und andere Herren für lebhaftes Bedauern ausgedrückt, daß nicht alle Mitglieder die rote Presse halten und dergl. mehr. Sollte etwa die Werbearbeit der „Buchbinder-Zeitung“ für die sozialdemokratische Partei und Presse nur dem Zwecke dienen, durch Aufnahme von Statistiken den Christlichen nachzuweisen, daß noch recht viele nicht waschechte Genossen sich in ihren Reihen befinden, und diese unter keinen Umständen Genossen werden sollen? Bei der Agitation, insbesondere hier im Rheinland wird die Neutralitätsmarke aufgenommen, aber der Hammer ist groß, wenn die arglos Eingetretenen nicht auch recht bald zu waschechten Sozialdemokraten werden. Durch das Grausige Produkt wird kein anderer Zweck verfolgt, als auf die Nichtabonnenten der roten Presse und Nichtmitglieder der roten Partei einzuwirten, damit sie ihre „Pflicht“ als Genossen tun.

Die von den Genossen ausgeübte Gefinnungsschwülferei sollte vor allem jenen Kollegen die Augen öffnen, welche den Buchbinder-Verband als eine Institution zur Hebung der Lage des Berufes ansehen, und gegen die Werbearbeit für die rote Partei in der Weise protestieren, daß sie einer solchen Organisation den Rücken kehren und sich der in Wirklichkeit neutralen Organisation, dem Graphischen Zentralverband anschließen.

Die Anklage gegen unseren Verband und unsere Mitglieder in der roten Düsseldorf Volks- und Buchbinderzeitung sind nicht im Stande, die von uns aufgestellten Behauptungen zu widerlegen. Je gehässiger die roten Maulhelden uns zu begehen trachten, desto eiziger geloben wir weiterzuarbeiten. Hat sich doch unsere Mitgliederzahl im letzten halben Jahre nahezu verdoppelt und zählen wir zur Zeit 40 Mitglieder am Orte.

Recht sonderbar nimmt sich die uns angebotene Denunziation in der Buchbinderzeitung, insbesondere dadurch aus, daß man im gleichen Atemzuge unseren Kollegen J. öffentlich denunziert, um ihn bei der Firma unmöglich zu machen. Von unseren früheren Behauptungen haben wir nicht das Geringste zurückzunehmen und alle persönlichen Begehrungen sind nicht im Stande, unseren, den Genossen unbedenklichen Kollegen Düsseldorf zu verleiden. Wenn die Herren Genossen heute noch stolz sind auf einige Lebertritte vor 5-6 Jahren und vielleicht zur größeren Ehre die wieder Aufgetretenen heute noch als „Ehrenmitglieder“ weiter führen, dann soll uns das keineswegs kränken. Auch beneiden wir die Genossen nicht um den vor Weihnachten übergetretenen Kollegen. Ferner warten wir auf Beweise betreffs Jumperg und tüchtige Fassierer.

Bei der Firma Ebanes war kürzlich ein anonymer Brief angekommen. Nachdem man den Täter nicht sofort ermitteln konnte, stellte sich in einer „Geheimkonferenz“ heraus, daß die Schwägerin eines im sozialdemokratischen Buchbinderverband organisierten Vorrichters denselben geschrieben habe. Neben verschiedenen anderen Kollegen der anderen Richtung waren auch 2 bel und organisierte Kolleginnen mit denunziert worden, welche ziemlich gut im Verkehr mit der Schwägerin des Vorrichters standen. Wir möchten folgendes behaupten: daß das Mädchen nicht aus eigenem Antrieb den Brief an die Firma geschrieben hat, sondern daß noch Genossen dabei im Spiele standen und die „Geheimkonferenz“ hat das ja auch wohl bewiesen, denn die Christlichen sollten nichts gewagt werden, es sollte versucht werden, so ähnlich lautete der Beschluß. Jetzt größte Entrüstung über solch eine frivole Tat; die Betreffenden die die Tat vollbracht hätten, würden ausgeschlossen werden aus dem Verband und dergl. mehr. Und wie ist es jetzt? Allen Anscheine nach fühlen sie sich noch so wohl im Verbande. Wir fragen an dem Buchbinderverbande, ob das keine Denunziation war? Wir hören schon jetzt die Antwort, die kommen wird. In welcher Weise agitiert wird für den „neutralen“ Buchbinderverband, darüber vielleicht später einige Worte.

Nun ja, die Düsseldorfer Westesgrößen mögen fortfahren zu sagen, zu schwindeln, zu widerlegen. Wir aber werden fortfahren in ehrlicher und zielbewusster Arbeit unseren Kreis von Kollegen zu vergrößern, und Unterstützung schaffen in den Reihen der christlichen Arbeiter Düsseldorf.

Gewerkschaftliches.

Zum Abbruch des Lohnkampfes im Schneidergewerbe.

Am 1. Dezember vorigen Jahres kündigten die Gewerkschaftsorganisationen dem Arbeitgeberverband (Adon) in und 30 Orten die Tarifverträge für das Schneidergewerbe. Unter den Orten, für welche Verträge gekündigt wurden, befanden sich u. a. die Großstädte Berlin, Hamburg, München, Eöln und Düsseldorf und betrug die Vertragsdauer der für diese Städte gekündigten Tarife 4-5 Jahre. Die Gehälften forderten entsprechend der Vertragsdauer und den früheren Zeitverhältnissen im Durchschnitt eine Lohnerhöhung von zehn Prozent. Die Arbeitgeber setzten den gemäß nicht unbedingten Forderungen der Gehälften den größten Widerstand entgegen. Nachdem die betlichen Verhandlungen gescheitert waren und vertragsmäßige Hauptverhältnisse sich mit der Entscheidung der Differenzen befaßten, boten die Arbeitgeber den Gehälften eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 5% und überreichten den Gewerkschaftsorganisationen auf weiteres Verlangen unter Zugrundelegung der gebotenen 5% ausgearbeitete Tarifvorlagen mit der ausdrücklichen Forderung, sie ein block anzunehmen oder abzulehnen. Diesem Minimum konnten die Gehälftenorganisationen nicht zustimmen, erklärten sich jedoch zu

weiteren Verhandlungen auf Grund der letzten Arbeitgeberangebote bereit, was aber von dem Arbeitgeberverband abgelehnt wurde. Die Arbeitgeber vertreten den Standpunkt: Es lieber zum Kampfe kommen zu lassen, als noch über die Streitfrage mit den Gehälften zu verhandeln. Somit brach der Kampf los, der von den Gehälften nicht gewollt war, Schuld daran trug die Haltung des Arbeitgeberverbandes.

Nach 4-wöchentlichem Kampfe gelang es dem Staatssekretär des Innern, Erzelein, Einigungsverhandlungen anzubahnen. Diese Einigungsverhandlungen fanden vom 26.-28. März unter dem Vorsitz des Reichslandtags Dr. Hiller in Frankfurt a. Main statt. Das Resultat der 3-tägigen Verhandlung war folgender Einigungsorschlag des Herrn Dr. Hiller: Die Arbeitgeber garantieren eine 5%ige Mindestlohnerhöhung für alle Tarife. Ueber weitergehende Forderungen der Gehälften fällt ein unparteiisches Schiedsgericht, bestehend aus den Herren Dr. Hiller Frankfurt, Dr. Brenner München und Herrn von Schulz Berlin, die entgeltliche Entscheidung.

Das Schiedsgericht tagte vom 2.-6. April in Jena und betragen die durch Schiedssprüche erzielten Zulagen auf die Grundlöhne für Berlin 8 1/2%, Eöln 5 1/2%, Düsseldorf 7 1/2%, Halle 7 1/2%, Hamburg in Klasse I 7 1/2%, II und III 7%, IV 11 1/2% und Klasse 3 7%, Leipzig für schwarze Sachen und Hofen 12%, im übrigen 7 1/2%, Lübeck für Bind- und Damenschneidern 7 1/2%, für Untrock und Wäscherung 5%, Magdeburg 7%, Meiningen 5 1/2%, München 9%, Neubrandenburg 5 1/2%, Solingen 5%, Teier 5 1/2%. Mühlheim a. Rhein bestimmt für die erste und zweite Klasse sofort und für die dritte Klasse in zwei Jahren den Adner Tarif.

Der christliche Schneiderverband war sich dem Ernst der Situation bewußt und stimmte dem Einigungsorschlag des Herrn Dr. Hiller zu, ohne sich die verschiedenen Winkelzüge der Führer des sozialdemokratischen und Christ-Dundischen Schneiderverbandes zu kümmern, die entweder die eingeleiteten Einigungsverhandlungen zum Falle zu bringen versuchten, oder es nicht wagten, den Mitgliedern eine Einigung auf dieser Grundlage zu empfehlen. Dieses selbständige Vorgehen des christlichen Verbandes gibt nun dem sozialdemokratischen Verband Veranlassung, um Umfall der Christlichen zu reden und schon während der Frankfurter Verhandlungen wurden Briefe und Telegramme nach allen Richtungen geschickt, um aller Welt dieses Ereignis zu verübeln. Nur zu offensichtlich ist die Kampfesweise der Genossen, sie suchen eben ein Unentschieden um sich dadurch vor ihren eigenen Mitgliedern zu schützen. Dem Einigungsorschlag, dem der christliche Schneiderverband zustimmte, stimmten sie ebenfalls zu, behielten sich jedoch der Zustimmung der Mitgliederversammlung vor, erklärten aber ausdrücklich, daß die Abstimmung nur formal sei. Die Mitgliederversammlungen lehnten den Einigungsorschlag ab. Doch was machten die Führer nun? Sie gingen trotz der ablehnenden Haltung ihrer Mitglieder nach Jena und verhandelten, erklärten sich mit dem Schiedsgericht einverstanden und gaben die bindende Erklärung ab, über die Schiedssprüche der Unparteiischen in den Versammlungen keine Abstimmung mehr vorzunehmen zu lassen. Auf diesem Wege folgte den Genossen als getreuer Gehört der Gewerkschaften Christ-Dunder. Die soz. und C.-D. Führer spielten hier eine Komödie, die ihresgleichen sucht. Ihr Gang nach Jena war ein Kanakgang. Dadurch haben sie das Recht verwirkt, an der klaren und festen Haltung des christl. Schneiderverbandes zu nörgeln.

Mundschau.

Der Senefelder-Bund als Schrittmacher für die Gelben.

Der rückliegende große Kampf im Steindruckgewerbe hat bekanntlich keine wesentlichen Vorteile für die monatlang ausländische Arbeiterkraft gebracht und es ist demzufolge eine große Ungerechtigkeit im Lager des roten Senefelderbundes nachgewiesen. In verschiedenen Orten haben Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes der Lithographen und Steinbrüder (Senefelderbund) ihrer Organisation den Rücken gelehrt. Die langjährige Erziehungsarbeit im roten Lager hat schließlich gelbe Früchte gezeitigt. So haben kürzlich bei einer Senefelder Firma die Gehälften eine Sammlung vorbereitet zum Kauf eines Jubiläumsgeländes für den Jahaber, doch als dieser hieron Kenntnis erhielt, gab er seinen Arbeitern den Rat, davon abzusehen und sprach den Wunsch aus, ihm als Jubiläumsgelände den Austritt aus dem Senefelderbund nachzugeben. Bis auf Wenige kam man dem Wunsche der Firma nach und diese setzte als Belohnung ein Kapital von 50000 Mk. für die Arbeiter aus, von dessen Zinsen zum mindesten die vom Senefelderbund gewählten Kranken- und Invalidenunterstützungen seitens der Firma gewährt werden sollen ohne Beitragsleistung.

In anderen Orten, so auch in Offenbach und Rassel haben größere Firmen sogenannte Arbeiterparzellen eingeführt, in die sich die Herren Genossen drängen lassen unter Freigabe der Koalitionsfreiheit. Der Eintretende muß erklären, daß er keiner Gewerkschaft mehr angehört und in der Stellung keiner solchen mehr beiträgt oder irgend wie eine Gewerkschaftsfasse oder deren Mitglieder direkt oder indirekt unterstützen wird. Handelt ein Arbeiter dagegen, so ist das von ihm eingezahlte Geld für ihn verloren u. dergl. mehr. Von dem verdienten Lohn des Arbeiters halten die Firmen den Beitrag ab und geben einen Zuschuß. Die Beiträge der Arbeiter sind nach dem Alter verschieden und z. B. bei einer Firma von 35 Bg. bis 1 Mk. nacheinander abgeführt.

Es ist bedauerlich, daß in der heutigen Zeit Arbeiter für ein derartiges Vorgehen ihre Selbstständigkeit preisgeben. Aber, daß zu solchen Erniedrigungen langjährige sozialdemokratisch organisierte Arbeiter sich drängen lassen, berechtigt zu dem Vorwurfe, daß ihre rote radikale Ge-

ziehungsberechtigt als Vorrecht für die bedauerliche gelbe Bewegung gemehrt werden muß. Die fortgesetzte Herausforderung des Arbeitgeberverbandes, die die bedingte Idee, diesen zu vernichten, hat letzteren nur noch mehr in seiner scharfmehrigen Art bestärkt und der Angreifer Senefelderbund kann mit seinen geleerten Kassen und kampfesüchtigen Mitgliedern die gelbe Gefahr kaum beeinträchtigen.

Die sind des Kampfes müde, wir streifen nicht mehr. In sprechen heute ehemalige Senefelderbildner und unterschreiben ihre Entzuehung infolge ihrer bisherigen Erziehung.

Die Bayerische Gewerbechau 1912 in München.

Die Bayerische Gewerbechau, die vom 18. Mai bis Mitte Oktober in München stattfindet, will keine jener riesenhaften Ausstellungen moderner Weltstädte sein, deren pomphaften Gegenständen man fremd und ohne herzlichen Anteil entgegensteht, weil kein richtiges Verhältnis zwischen Ausstellungsgegenstand und der Mehrzahl der Ausstellungsbesucher besteht. Das mangelnde Verhältnis trübt das Interesse für die Ausstellung, und so durchläuft man gleichgültig die prunkenden Stände großer Firmen. — Anders ist es bei der Bayerischen Gewerbechau. Sie ist eine Ausstellung für jeden, besonders auch für den, der nicht mit Glanzgläsern begünstigt ist. Volkstümlichkeit im besten Sinne wurde bei der Bayerischen Gewerbechau dadurch erreicht, daß nicht den Reichtümern mit ihrem materiell unerschwinglichen Produkten die Vorkaufsrechte gelassen wurde, sondern daß auch dem Einzelhandwerker und seiner schlichten Arbeit das Tor weit aufgetan wurde.

Das soll indessen nicht heißen, daß die Bayerische Gewerbechau ausschließlich dem Kleinerzeugnis dienen will. Sondern daß soll heißen, daß hier Produkte moderner Geschmacks geboten werden, lediglich beurteilt nach ihrem Herstellungswert, nach ihrer handwerklichen Gediegenheit und nach der Selbständigkeit ihrer Formgebung. Wir alle kennen das sehr schätzbare Bedürfnis nach Schönheit, das im Volk lebendig ist, und wir wissen, daß nur das Volkstum und volkstümliches Kunstgewerbe im besten Sinn genannt werden darf, was auch im Kleinsten und Unschönbarsten mit Verständnis für die Bedürfnisse des Volkes und mit inniger Anbacht zur Schönheit geschaffen wurde.

Der ästhetische Geschmack, der also bei allen Ausstellungsgegenständen der Gewerbechau vorausgesetzt wird, braucht kein studierter sein, er wird schon Schätze produzieren, wenn er ein stark heimatischer ist, denn Heimatstolz bedeutet immer noch eine hohe Kunst. Da kommen denn alle die kleinen und heimlichen Künstler in bayerischen Dörfern — mögen sie nun unter den Holzschneidern in Oberammergau oder Verdetsgaden, unter den Geigenmachern von Wittenwald, unter den Zöpfnern der Oberpfalz, unter den Glasbläsern im bayerischen Wald oder unter den Stoffwebern Oberfrankens sitzen — zu Wort, und es wird eine Art Überbrückung zwischen Kunst und Handwerk gefestigt. Daneben steht natürlich auch die größere Industrie nicht: Augsburg schickt seine Erzfiguren, Mittelfranken ist durch seine hochentwickelte Spielwarenindustrie vertreten, Oberfranken durch seine leistungsfähigen keramischen Betriebe, die Hauptstadt durch ihre zahlreichen kunstgewerblichen Werkstätten und Ateliers. Besonders zeitvoll ist eine Leber- schau über kirchliche Kunst und kirchliches Kunstgewerbe, die in einer stattlichen kirchennartigen Halle vereinigt sind. Es werden übrigens nicht nur Dinge ausgestellt, sondern es sollen auch Vorträge in voller Tätigkeit durchgeführt werden, und es sind deren bereits mehr als 20 gewonnen worden, die ein Bild vom Fleiß, von der Umsicht und der Gedächtnisfähigkeit des Wertmannes geben werden. Auch was in diesen Betrieben produziert wird und auf der Ausstellung zum Verkauf kommt, ist möglichst dem praktischen Tagesbedarf angepaßt.

Im Ganzen betrachtet, stellt also die Bayerische Gewerbechau eine soziale Tat dar, sie ist nicht nur eine Rückschau, sondern sie will auch der Zukunft Anregungen geben und immer weitere Kreise für kunstsinnes Schaffen und für Qualitätsarbeit interessieren.

Jahrespreismäßigung für Arbeitnehmer zur Bayerischen Gewerbechau in München.

Arbeitnehmer, die Mitglieder von Krankenkassen im Sinne der reichsgesetzlichen Bestimmungen oder Versicherungsvereine Mitglieder eingeschriebener Hilfskassen sind, werden bei Reisen zum Besuch der Bayerischen Gewerbechau in München (Mai bis Oktober 1912) auf den bayerischen Staatsbahnen inkl. der Linien der bayerischen Pfalz in der 3. Wagenklasse von Ein- und Personenzügen zum halben Sitzplatzpreis befördert. Bei Benutzung eines Schnellzugs kommt zu dieser Lage der tarifmäßige Schnellzugzuschlag hinzu. Diese Vergünstigung kann indessen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn sich der Reisende mindestens 10 Teilnehmer zusammenfinden; dagegen ist die Rückfahrt auf eigene Faust und von den Teilnehmern einzeln ausgeführt werden. Die Dauer des Aufenthalts in München ist unbeschränkt, es kann daher der ganze Urlaub in München verbracht werden. Auf Hin- und Rückreise ist je eine gemeinsame Fahrtunterbrechung gestattet.

Als Ausweis ist eine Bescheinigung der Krankenkasse vorzulegen, daß das betreffende Mitglied Jahrespreismäßigung zum Besuch der Bayerischen Gewerbechau beantragt hat. Zu diesen Bescheinigungen ist, unter erspöndlicher handchristlicher Abänderung, das Formular zu verwenden, das für die Mitglieder von Krankenkassen der Gewerkschaften im Jahrespreismäßigung zwecks Besuchs von Baden u. dergleichen ist. Die Jahrespreismäßigung für die Reise ist am Fahrkartenkasseler der Abgangstation spätestens 12 Stunden vor Abgang der Reise auszuweisen. Zugewandte unter Vorlegung der Bescheinigungen für alle an der Fahrt teilnehmenden Personen zu beantragen. Auf der Rückreise werden an den Münchner Fahrkartenschaltern gegen Vorlegung der

namlichen Bescheinigungen Fahrkarten zum halben Sitzplatzpreis abgegeben und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die Reise gemeinschaftlich oder einzeln ausgeführt wird.

Diese Vergünstigungen haben zunächst nur auf bayerischen Strecken Geltung; es steht aber zu erwarten und ist dringend zu wünschen, daß auch die außerbayerischen Verkehrsverwaltungen den Arbeitnehmern in ähnlich weitgehender Weise wie die bayerische Verkehrsverwaltung entgegenkommen.

Es dürfte sich empfehlen, daß sich die Arbeitnehmer, welche sich für die Reise interessieren, zu Gruppen zusammenschließen und eine gemeinsame Reisekasse gründen, um sich folgendermaßen bequem die Möglichkeit zu verschaffen, eine Fahrt nach München und zur Besichtigung der bedeutungsvollen bayerischen Landesgewerbe-Ausstellung unter Benützung der 50%igen Fahrpreismäßigung ausführen zu können.

Die Waisentreue in der Reichsversicherungsordnung.

Waisentreue gewährt das Gesetz den hinterlassenen ehelichen Kindern eines männlichen und den hinterlassenen väterlichen, auch unehelichen Kindern einer weiblichen Versicherten. Analog der Witwenrente wird auch nach dem Tode einer versicherten Ehefrau den ehelichen Kindern für die Dauer der Bedürftigkeit dann eine Waisentreue gewährt, wenn der Ehemann erwerbsunfähig ist oder sich von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Unterhaltspflicht entzogen hat. Der Bezug der Waisentreue fällt mit der Vollendung des 15. Lebensjahres weg. Für den Fall, daß beide Eheleute Beiträge entrichtet haben und die Witwe wegen des auf ihrer eigenen Beitragsleistung beruhenden Invalidenrentenanpruchs einen Anspruch auf die Witwenrente nicht erheben kann, gewährt das Gesetz außer dem Witwengeld auch eine Zuwendung an die Waisen, die sogenannte Waisentreue aussteuert. Das Gesetz geht davon aus, daß außer in dem für die Gewährung des Witwengeldes erscheinenden Zeitpunkt unmittelbar nach dem Tode des Ehemannes, für die Hinterbliebenen erhebliche bare Auslagen bei der Schulentlastung der Waisen und ihrem Eintritt in eine Berufstätigkeit entstehen. Da zu diesem Zeitpunkt auch regelmäßig der Bezug der Waisentreue endet, wird den Hinterbliebenen zur Deckung dieser Lasten als weiterer Ertrag für die wegfallende Witwenrente eine einmalige Zuwendung, die Waisentaxensteuer, zur Verfügung gestellt. Auch für ihre Zubilligung ist im allgemeinen das Versicherungsverhältnis der Mutter beim Tode des Ehemannes maßgebend. Das Gesetz gewährt den Anspruch auf das Witwengeld aber auch in dem Falle, in dem die Witwe erst nach dem Tode des Ehemannes, aber vor Ablauf des fürsorgebedürftigen Alters der Waisen, die Waisentaxen für die Invalidenrente erfüllt hat.

Ein neuwöchtiger volkswirtschaftlicher Kursus.

wird vom 10. Juni bis 9. August an der Zentralkasse des Volksvereins in M. Gladbach abgehalten werden. Zur Behandlung kommen: Wirtschaftsgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Wirtschaftsgeschichte im 19. Jahrhundert, der gewerbliche Großbetrieb, seine Unternehmungsformen, seine Organisation und die Industriepolitik, ferner die Arbeiterfrage, die Gewerkschaften, das Tarif- und Einigungswesen, der Sozialismus und die sozialistische Bewegung, die bürgerliche Sozialreform zugunsten der verschiedenen Stände, der Staat und seine Verfassungsformen unter besonderer Berücksichtigung der Verfassung des Deutschen Reiches und seiner Einzelstaaten. Der Kursus ist berechnet für solche Herren und Damen, die sich der sozialen Arbeit auf irgend einem Gebiete in besonderer, wenn auch nicht ausschließlich berufliche Weise zu widmen gedenken, insbesondere für Arbeiter, die berufen und gewillt sind, in der Arbeiterbewegung sich zu betätigen. Auf Wunsch übermittelt die Zentralkasse Prospekte und genauere Anweisungen. Anmeldungen möge man bis zum 5. Mai an Direktor Dr. S. Brauns, M. Gladbach, richten.

„Militarismus“ und Arbeiterschaft.

Die neuen Wehrvorlagen haben, wie zu erwarten war, die sozialdemokratische Presse in helle Enttäuschung versetzt. „Keinen Mann und keinen Groschen“ dem „Moloch Militarismus“, das ist der Reklamier, auf den ihre Kräfte gestimmt sind. Anders denkt ein Sozialist, der gewohnt ist, die Dinge nicht immer bloß durch die Brille des Agitatoren zu sehen, sondern vom Standpunkt tüchtiger Realpolitik. In der von ihm herausgegebenen Wochenschrift „Die Konjunktur“ (Nr. 26) schreibt der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rich. Calwer über „Deutschlands Wehrkraft“, und seine abwägenden Betrachtungen spielen in den Sätzen: „Die deutsche Arbeiterbevölkerung kann wirtschaftlich und politisch nur vorwärtskommen, wenn Deutschland als Staat seine führende Stellung im Rang der Mächte weiterhin zu spielen in der Lage ist. Von dieser Stellung hängt auch die Zukunft der deutschen Arbeiterbevölkerung ab. Jede Schwächung dieser Stellung führt auch zu einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft. Würden die Kosten des Militarismus weggelassen, so würde dies, wenn nicht gleichzeitig auch die internationalen Spannungen damit in der Versenkung verschwinden, keinen bauernden, sondern einen höchst problematischen, vorübergehenden Nutzen für das gesamte Volk bedeuten. Denn die Aktionskraft des deutschen Volkes dem Ausland gegenüber würde eine Lähmung erfahren, die die wirtschaftliche Expansion Deutschlands nicht nur hindern, sondern die auch Deutschland aus seiner jetzigen Stellung langsam zurückdrängen würde.“ Unter diesen Umständen spricht Calwer von einem Lebensinteresse der deutschen Arbeiterschaft an der durch die Wehrkraft gestützten — nationalen Entwicklung Deutschlands und meint zum Schluß: „Die relative Notwendigkeit der heutigen Rüstungen abstreifen zu wollen, das können Leute, die im Volkentumdschweim

figen, aber nicht ernste politische Parteien.“ Zu letzteren haben wir die Sozialdemokratie noch nie gerechnet, und darauf scheint sie ja auch keinen Wert zu legen, wie ihr mangelndes Interesse für nationale Notwendigkeiten dazutut.

Steindruckertag in Eisenach.

Der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer hält seine ordentliche Mitgliederversammlung Sonntag, 12. Mai 1912, vormittags 9 1/2 Uhr, in Eisenach, Hotel Rautenkrantz (am Marktplatz), ab. Darauf folgt am selben Ort um 11 1/2 Uhr vormittags die ordentliche Mitgliederversammlung des Fachverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer. Dann wird, gleichfalls am selben Ort, nachmittags 1 Uhr, die ordentliche Generalversammlung des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer abgehalten. Die nächstjährige Tagung der drei Rätepersönlichkeiten soll mit Rücksicht auf die im Jahre 1913 in Leipzig stattfindende internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik nach Leipzig einberufen werden.

Der Verein Deutscher Papierfabrikanten.

hält vom 11. bis 13. Juni 1912 seine Generalversammlung in Straßburg ab. Die Tagung soll wiederum in einem vertraulichen und einen öffentlichen Teil zerfallen. Für den öffentlichen Teil soll je ein technischer und wirtschaftlicher Vortrag gehalten werden.

Versammlungsstammler.

Versammlungen finden statt:
Augsburg. Jeden 2. Sonntag im Monat vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal „Schlügenhalle“ Wintergasse 12.
Barmen. Jeden 1. Samstag im Monat abends 7 Uhr im Restaurant Vogel, Köbigerstr. 16 in Barmen und Rest. Wilm, Ludwigr. 31 in Elberfeld.
Nächste Versammlung am 4. Mai bei Vogel, Köbigerstr. in Barmen. Am 12. Mai Ausflug ins Riandetal.
Berlin. Jeden 1. Donnerstag im Monat bei Beufert, Köpenickerstr. 62.
Bielefeld. Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im christl. Gem.-Haus bei Debour, Herforderstr. 83. Anfang 8 Uhr.
Bonn. Jeden letzten Montag im Monat, abends 7 Uhr, im Lokale Blander, Clemens Auguststr.
Dresden. Samstag, den 11. Mai 8 Uhr im Bachbräu.
Düren. Jeden 1. Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr Versammlung bei A. Klinkenberg.
Düsseldorf. Nächste Versammlung Samstag, 11. Mai. Erscheinen ist Ehrenpflicht.
Essen. Samstag, den 11. Mai, 8 1/2 Uhr im Alfredsbauhaus.
Freiburg. Samstag, den 4. Mai im Verkehrslokal Brauerei Winter, Schifflr.
Jagen. Samstag, den 27. April, Versammlung.
Kempten. Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Restaurant „Central“.
Köln. Samstag, den 27. April, außerordentliche Generalversammlung. Vollzähliger Besuch muss erwartet.
Lendersdorf. Am Sonntag, den 28. April in der Restauration Jakob Viech in Kreuzau. Beginn 5 1/2 Uhr. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliger Besuch erforderlich.
Münster. Samstag, den 27. April bei Stegmann, Clemensstr. Vollzähliger Erscheinen Ehrenpflicht.
München. Samstag, den 4. Mai im Wiesmayergarten, Schildstr. 16.
M. Gladbach. Jeden ersten Samstag im Monat bei v. d. Wülde, Steppesstr., Ede Wilhelmstr.
Paderborn. Jeden 2. Sonntag im Monat im Pilsbierhaus.
Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakobswirtschaft.
Stratfurt. Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung abends 8 Uhr im Gasthof zum Herzog Christoph 11 p.
Würzburg. Am Mittwoch, den 1. Mai, bei Gutbrod Hundgrasse.

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften in Köln sucht zum baldigen Eintritt einen Sekretär. Es wird nur auf eine durchaus tüchtige Kraft reflektiert. Bewerbungen wollen nebst einem kurzen, selbst geschriebenen Lebenslauf mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 15. Mai an das Kartell der christlichen Gewerkschaften in Köln, Palmstr. 14 eingekandt werden.

Unsere werten Kollegen.

Johann Schmidt
und seiner merkten Braut zur Vermählung
die herzlichsten Glückwünsche.
Bühler Diederich.

Verantwortlich: H. Hornbach-Köln, Palmstraße 14.

Köln-Chrenfelder Handelsbruderei, Klarstr. 9.